



Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

Carsten Körber

Juni 2016

Zusammenfassung

Seit dem vergangenen Sommer sehen sich Deutschland und Europa durch die Asyl- und Flüchtlingskrise mit einer besonderen Herausforderung konfrontiert. Es handelt sich um die größte Flüchtlingswelle seit dem II. Weltkrieg. Insgesamt sind 2015 rund 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Im Grundgesetz ist das Recht auf Asyl als Grundrecht fest verankert.

Politik und Gesellschaft in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Die Hilfsbereitschaft, Flüchtlinge zu helfen, die um Leib und Leben fürchten müssen, ist ungebrochen. Die Situation hat es allerdings erforderlich gemacht, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, durch die die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, reduziert werden. Diese Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen Wirtschaftsflüchtlinge. Diese Maßnahmen beginnen zu greifen. Der gesellschaftliche Konsens richtet sich nun auf die Integration derjenigen Flüchtlinge, die dauerhaft in Deutschland bleiben werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Rede

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine ganz besondere Ehre, im Rahmen der heutigen Veranstaltung zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Einladung, ich habe diese gerne angenommen!

Jedes Mal, wenn das Büro Peking der Konrad-Adenauer-Stiftung bei mir anfragt, ob ich Zeit und Interesse hätte, an einem Kongress in China teilzunehmen, zögere ich nicht und mache mich gerne auf den Weg hierher nach Peking. Ich tue das, weil ich weiß, dass die Qualität der Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung hoch ist und weil China ein wichtiger Partner für Deutschland und Europa ist. Mein Dank für diese Einladung gilt daher ganz besonders Thomas Awe und seinem Team von der Adenauer-Stiftung.

Wir haben seit heute Morgen schon viel über die Beziehungen zwischen China und Europa und zwischen China und Deutschland gehört. Wir haben die Möglichkeiten einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China ausführlich diskutiert. Dabei spielen nicht nur die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen eine Rolle. Wichtig sind auch Fragen einer gemeinsamen Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Stabilität. Und damit komme ich schon zum Thema.

I. Was ist in Deutschland und Europa in den letzten Monaten passiert?

Seit dem vergangenen Sommer sieht sich Europa mit einer ganz besonderen Herausforderung konfrontiert. Ich spreche von der Asyl- und Flüchtlingskrise. Deutschland und Europa sehen sich der größten Zahl von Flüchtlingen seit Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber. Dass Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen nach Europa flüchten, ist natürlich kein neues Phänomen. Die bloße Zahl derer, die seit dem Sommer zu uns kommen, stellt aber eine gänzlich neue Dimension dar.

Im letzten Jahr sind 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Sie kamen in ein Land, in dem 80 Millionen Menschen leben. In der gesamten Europäischen Union sind es gut 500 Millionen.

Die Aufnahme der Flüchtlinge war ein Akt der Humanität. Uns ist jedoch auch klar, dass wir nicht jedes Jahr aufs Neue eine Million Flüchtlinge aufnehmen können. Weltweit sind im Moment über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Zwei Drittel sind übrigens Binnenflüchtlinge in ihrem eigenen Land. Ich meine, es liegt in der humanitären Verantwortung der Staatengemeinschaft, Fluchtursachen weltweit zu bekämpfen.

Die Menschen fliehen nach Europa, weil sie sich bei uns Frieden, Freiheit, Sicherheit und auch Wohlstand erhoffen. Kurz: Sie suchen bei uns ein besseres Leben. Für all dies steht Europa.

Dies war ein langer Weg. Auch die europäische Geschichte war über Jahrhunderte von Krieg, Unfreiheit und Not geprägt. Zwei Weltkriege, die Europa beinahe an den Rand der absoluten Zerstörung gebracht hatten, waren nötig, damit wir Europäer im vergangenen Jahrhundert die Lektion gelernt haben, dass wir nur dann in einer friedlichen Zukunft leben können, wenn wir miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Diese Idee Europas, geboren aus der Asche des zweiten Weltkrieges, hat uns 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert. Das gab es nie zuvor. Und genau deshalb ist die europäische Einigung so wichtig.



Einer der entscheidenden Meilensteine der Einigung Europas ist das Schengen-Abkommen. 26 Staaten verzichten untereinander auf Grenzkontrollen und gewähren untereinander den freien Personenverkehr. Voraussetzung dafür ist eine gesicherte, gemeinsame EU-Außengrenze.

Die Flüchtlingskrise ist kein deutsches, sie ist mindestens ein europäisches Problem. Gemeinsam müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, diese EU-Außengrenze zu sichern. Wenn Hunderttausende ohne Kontrolle nach Europa kommen, dann müssen wir den Zustrom ordnen und begrenzen. Es ist übergeordnetes Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, ohne den Schengen-Vertrag aufzugeben. Die Preisgabe Schengens wäre ein katastrophaler Rückschritt für die europäische Einigung.

Die Hauptfluchtroute nach Europa ist über die Türkei und Griechenland gelaufen. Die Türkei ist im Osten Nachbar Syriens und im Westen Nachbar Griechenlands. Daher folgt die Zielsetzung, die Flüchtlingszahlen nicht nur zu reduzieren, sondern die Menschen nach Möglichkeit in der Region, sprich in der Türkei zu halten.

Das war auch der Grund für das Bündnis der EU mit der Türkei Ende März. Die Türkei unterbindet die illegale Einreise in die EU und bekämpft die Schleuserkriminalität. Die EU übernimmt von ihr im Gegenzug 72.000 legale Syrienflüchtlinge, gibt 6 Milliarden Euro zur Verbesserung der Situation der Syrer in der Türkei und gewährt der Türkei ab Sommer Visafreiheit. Mit über 2,7 Millionen hat die Türkei übrigens mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere Land.

II. Aber wer ist überhaupt zu uns gekommen?

Von den gut 440.000 Asylanträgen wurden 2015 fast 160.000 Asylanträge von Syrern gestellt. Das waren 36 Prozent, die mit Abstand größte Gruppe. Ihre Anerkennungsquote liegt bei 80 Prozent. Etwa 30 Prozent aller Asylbewerber kamen 2015 vom Westbalkan. Weniger als ein Prozent davon wurden als Asylannten anerkannt. Die Staaten des Westbalkans haben wir mittlerweile auch zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Das heißt, deren Angehörige können in Deutschland kein Asyl mehr bekommen. Im Dezember 2015 waren Iraker und Afghanen mit jeweils rund 20 Prozent die stärksten Gruppen nach den Syrern. Der große Rest der Flüchtlinge kam vor allem aus Nordafrika.

Die Fluchtsachen für diese Menschen waren jeweils unterschiedlich. Die Menschen aus Syrien sind vor dem Bürgerkrieg geflohen. Die Iraker und Afghanen fliehen zumeist, weil ihre Heimatländer politisch instabil sind und sie den Ausbruch eines Bürgerkriegs fürchten. Die Masse der anderen sind zumeist Wirtschaftsflüchtlinge, die ihre Heimat aus Armut und Perspektivlosigkeit verlassen. Armut aber ist kein Asylgrund.

III. Wie verändert sich dadurch Deutschland?

Die Flüchtlingssituation stellt Deutschland auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Aber das Augenmerk unserer Politik muss natürlich und zu allererst unseren eigenen Bürgerinnen und Bürgern sowie all denen gelten, die heute schon bei uns leben.

Uns Deutschen geht es so gut wie nie zuvor in der Geschichte. Und je größer der persönliche Wohlstand, desto größer ist die Angst, diesen Wohlstand zu verlieren. Es gibt manche, die fürchten, dass der Wohlstand von 80 Millionen Deutschen durch eine Million Flüchtlinge gefährdet sei. Wie absurd diese Vorstellung ist, dass Deutschland jetzt von Fremden überschwemmt würde, zeigt das Beispiel, das dieser Tage oft genannt wird. In



einer Kneipe sitzen 80 Mann beieinander. Die Tür geht auf und ein Mann kommt herein und setzt sich. Wer würde behaupten wollen, die Kneipe wäre plötzlich überfüllt? Niemand.

Das Asylrecht ist eine große Errungenschaft. Das lehren uns die Geschichte und unser christliches Menschenbild. Aber es besteht auch die Gefahr, dass unser bisheriges Asylrecht an seine Grenzen stößt, wenn auch in diesem und in den folgenden Jahren Flüchtlinge in Größenordnungen von einer Million zu uns kämen. Die Grenze ziehe ich dort, wo wir Gefahr laufen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu gefährden wie auch unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die es uns überhaupt erst ermöglicht, das Asylrecht auch materiell auszustalten. Damit ergeben sich hier zwei strikte Grenzen. Zum einen die gesellschaftliche Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit. Zum anderen die wirtschaftliche und materielle Fähigkeit, eine bestimmte Zahl an Flüchtlingen zusätzlich bei uns aufzunehmen.

Es ist legitim, wenn Gemeinschaften auch ihre eigenen Interessen im Auge behalten. Deutschland und Europa stehen in einer christlich-abendländischen Tradition. Unsere Geschichte ist zum Glück nicht nur von Kriegen und Katastrophen geprägt. Sondern auch von Revolutionen, gesellschaftlichen Umbrüchen und von der Aufklärung. In unserer offenen, pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft wurden Religion, Glaube, aber auch Aberglaube vielfach durch Wissenschaft, Logik und Rationalität ersetzt. Das ist in vielen der Regionen, aus denen die oft muslimischen Flüchtlinge zu uns kommen, noch anders.

Von jedem Flüchtling können wir zu Recht erwarten, dass er sich an unsere Traditionen, unsere Kultur, unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung anpasst. Im Gegenzug kann jeder Flüchtling erwarten, dass er hier bei uns in Sicherheit leben kann, aber von uns auch eine klare und deutliche Botschaft bekommt, was wir von ihm erwarten.

Dazu gehört, dass in unserem Lande jeder glauben kann, was er will, oder dass er auch nicht glaubt. Dazu gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dazu gehört, dass jeder sagen kann, was er will, solange es im Rahmen der Gesetze ist. Und dazu gehört auch, dass die Gesetze bei uns nicht der Prophet macht, sondern das demokratisch gewählte Parlament. Religion ist Privatsache und Gesetze stehen bei uns über der Religion. Dies anzuerkennen ist die Bringschuld der Flüchtlinge.

Es gilt hier, als Politik verschiedenste Gruppen mit all ihren berechtigten Interessen, Belangen und Forderungen im Blick zu haben und diese auch gegeneinander abzuwägen. Das ist nicht immer einfach. Denn Deutschland wird sich durch die Flüchtlingskrise verändern. Diese ist auch Folge der Globalisierung. Und kein Land kann sich der Globalisierung entziehen.

IV. Aber wie genau hat die Politik in Deutschland bisher reagiert?

In unserem Grundgesetz ist das Recht auf Asyl als Grundrecht verankert. Politisch Verfolgte genießen Asyl. Bereits im vergangenen Herbst hat die Regierung das Asylrecht verschärft. Das sogenannte Asylpaket I trat Ende Oktober in Kraft. Dieses hatte zum Ziel, dafür zu sorgen, die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, so zu verringern, dass hauptsächlich diejenigen kommen, die tatsächlich nach dem Gesetz Anspruch auf Asyl haben. Also politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge und keine Wirtschaftsflüchtlinge.

Im März 2016 trat das Asylpaket II in Kraft. Dieses zielt vor allem auf all diejenigen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Diese Menschen werden jetzt schneller wieder in ihre Heimat zurückgeschickt. Natürlich ist es menschlich absolut nachvollziehbar, dass niemand in Armut und Perspektivlosigkeit



leben möchte. Um die Situation der Ärmsten der Armen auf der Welt zu verbessern, leisten Deutschland, die EU und viele andere Staaten weltweit Entwicklungshilfe.

V. Ausblick

Die Bundesregierung plant derzeit den Bundesetat 2017. Wenn das Bundeskabinett seinen Kabinettsbeschluss zum Haushalt verabschiedet hat, werde auch ich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages demnächst wieder voll in die Haushaltsberatungen einsteigen. Dabei wird die Asyl- und Flüchtlingskrise eine wichtige Rolle spielen.

Es ist breiter, gesellschaftlicher Konsens, dass wir die Ausgaben im Bereich der Inneren und Äußen Sicherheit und in Fragen der Außenpolitik und Entwicklungshilfe erhöhen. Wir werden in der Außen- und Entwicklungspolitik künftig verstärkt unsere eigenen Interessen als Maßstab anlegen. Deshalb werden wir uns verstärkt in den Regionen und Ländern der Welt engagieren, in denen wir die größten Interessen haben. Zum Beispiel, um in einer Region die Ursachen dafür zu bekämpfen, dass Menschen von dort zu uns flüchten müssen.

Auch in Zukunft werden wir Menschen helfen, die verfolgt oder durch einen Bürgerkrieg in Lebensgefahr geraten sind. Dies heißt vor allem Unterstützung der Notleidenden in den Krisenregionen selbst oder in angrenzenden Ländern. Und wir werden Flüchtlingen auch künftig Zuflucht gewähren. Wer aber nach Europa kommt, nur um besser leben zu können, muss in jedem Fall wieder in seine Heimat zurückkehren.

Integration ist Voraussetzung dafür, dass Deutschland selbst auch von den Flüchtlingen profitieren kann. Deshalb hat der Bund im Haushalt 2016 fast acht Milliarden Euro für Flüchtlings- und Integrationsausgaben vorgesehen. In einem Haushalt von fast 320 Milliarden. Das Geld ist gut investiert und geht nicht zulasten bereits beschlossener Ausgaben etwa für Investitionen oder Sozialleistungen. Die Asyl- und Flüchtlingskrise wird Deutschland verändern. Und sie wird Europa verändern. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung meistern werden.

Es gibt noch viel zu tun. Die Asyl- und Flüchtlingskrise hatte 2015 ihren Höhepunkt. Aber die Humanität, unsere Kraft und unsere Möglichkeiten verpflichten uns, auch für die Menschen, die aus Krieg und Terror zu uns fliehen, und für diejenigen, die diese Möglichkeit der Flucht in die Sicherheit nicht haben, unser Bestes zu tun. Europa und auch die internationale Staatengemeinschaft können das schaffen.

Das Leitbild unseres Handelns ist dabei die Präambel unseres Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen.“

Seien Sie dabei an unserer Seite.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Die Rede fand anlässlich einer gemeinsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem chinesischen Partner, dem Institut für Europa-Studien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS), am 18. April 2016 in Peking statt.

Über den Autor dieses Beitrags

Carsten Körber, geboren in 1979 in Zwickau, ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Mitglied im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

An der Technischen Universität Chemnitz hat er einen Master in Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre erworben. 2002-2012 war er Mitarbeiter und Büroleiter eines sächsischen Bundestagsabgeordneten. Im Jahr 2012 wurde er Leiter des Büros für Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau. Seitdem wirkt er auch als selbstständiger Wirtschafts- und Unternehmensberater.

Carsten Körber ist seit 2002 Mitglied in der CDU, seit 2005 Vorsitzender der CDU Mülsen, seit 2012 Erster Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes. 2009-2015 war er Mitglied des Gemeinderats und Stellvertretender Bürgermeister (bis 2012) der Gemeinde Mülsen.



Carsten Körber MdB